
Die Christen und der Staat

Predigt über 1. Petrus 2,13–17¹

Wolf Bruske

Heute findet in Bayern die Landtagswahl statt. Gleichzeitig sind wir aufgerufen, den Bezirksrat neu zu wählen. Der eine oder andere war heute morgen vor dem Gottesdienst vielleicht schon im Wahllokal, andere werden im Laufe des Tages wählen gehen, sofern sie als Deutsche, die in Bayern wohnen, zu dieser Wahl berechtigt sind.

Anlässlich der Landtagswahl wollen wir heute einmal über das Verhältnis von uns Christen zu dem Staat nachdenken, in dem wir leben. Wir sind ja schließlich Bürger unseres Staates und damit Teil seiner Gesellschaft. Wir zahlen wie alle anderen Bürger dieses Landes Steuern und Beiträge zu den Sozialversicherungen. Die derzeitig so aktuellen Reformen betreffen selbstverständlich auch uns Christen. Natürlich geht uns die Gesetzgebung in Deutschland und in unserem Bundesland Bayern an. Gleichzeitig verstehen wir uns als „Bürger des Himmelreiches“, wie Paulus einmal im Philipperbrief (Phil 3,20) sagt. Wie ist das nun, gleichzeitig Bürger des Himmelreiches zu sein und Staatsbürger unseres Landes?

Dazu lese ich den Predigttext:

1 Petr 2,13–17: Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen, es sei dem Kaiser als dem Obersten

(14) oder den Statthaltern als denen, die von ihm gesandt sind zur Bestrafung der Übeltäter und zum Lob derer, die Gutes tun.

(15) Denn das ist der Wille Gottes, dass ihr mit guten Taten den unwissenden und törichten Menschen das Maul stopft –

(16) als die Freien und nicht, als hättet ihr die Freiheit zum Deckmantel der Bosheit, sondern als die Knechte Gottes.

(17) Ehrt jedermann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehrt den Kaiser!

1. Die Situation des Textes

Zunächst müssen wir uns einmal klarmachen, an wen dieser Brief gerichtet ist und in welcher sozialen und gesellschaftlichen Situation diese Menschen lebten. Damals regierte der römische Kaiser, der göttliche Verehrung bean-

¹ Die Predigt wurde gehalten in der Kreuzkirche der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten) Forchheim am 21. September 2003 anlässlich der bayerischen Landtagswahl.

spruchte. Oft genug brachte das ja bekanntlich die Christen im Römischen Reich in Bedrängnis, weil sie genau diesen Anspruch ablehnten. Der Kaiser war Herr über den römischen Staat. Er war der Kaiser, weil er der Kaiser war. Ob die Bürger mit ihm zufrieden waren oder nicht, spielte keine Rolle. Der Kaiser war und blieb der Kaiser und damit der Herr des Römischen Reiches. Nur ein Volksaufstand oder ein Militärputsch konnte das ändern. Vom Kaiser ging alle Staatsgewalt aus. Er war der „Souverän“, wie man den mit einem Fachausdruck nennt, von dem die Staatsgewalt ausgeht.

Diese Gesellschaftsform bestand auch nach dem Ende des Römischen Reiches über viele Jahrhunderte in weiten Teilen der Welt und auch in Deutschland. Es gab den Kaiser und jedes Land wurde von einem Fürsten beherrscht, der üblicherweise deshalb der regierende Fürst wurde, weil es bereits sein Vater war und er die Herrschaft geerbt hatte. Ob er seine Regierungsgewalt gut ausübte oder ein schlechter Landesfürst war, spielte dabei keine Rolle – er war und blieb der herrschende Fürst. Und er regierte mit dem Anspruch, dass das so von Gott gewollt war, weshalb die Herrschaft mit „der Gnade Gottes“ begründet wurde: „Maximilian, von Gottes Gnaden Herzog von Bayern“. Vom Fürsten ging die Staatsgewalt aus, er war der Souverän. Zwar erkämpften sich die Bürger seit der Zeit der Aufklärung immer mehr Rechte, Verfassungen schränkten die absolute Herrschaft des Landesfürsten ein, dennoch blieb der Fürst der „Souverän“, von dem die Staatsgewalt ausging. Er war, wie das in einem alten Wort heißt, die Obrigkeit, als die er über seine Untertanen herrschte. Diese Obrigkeit, im Falle unserer Predigt den römischen Kaiser, zu respektieren, ja, ihr untertan zu sein, mahnt unser Text. Die Gesetze, die der Kaiser erließ, sollten eingehalten werden – unter dem einzigen Vorbehalt, dass sie nicht dem Glauben an Jesus Christus widersprachen. Dann galt, was Petrus einmal sagte: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5,29).

2. Unsere Situation

Wenn wir uns das so klar machen, merken wir, dass unsere heutige gesellschaftliche und staatliche Situation in einem demokratischen Rechtsstaat völlig anders ist. Wenn nun im Römischen Reich der Kaiser der Souverän war und später in Deutschland der Landesfürst, wie z. B. der bayerische Herzog oder später König, wie ist das denn heute? Wir haben keinen König mehr, auch wenn manche Erzbayern ihn gern wiederhätten. Aber das ist vorbei. Wer ist denn nun in unserem Staat der „Souverän“, von dem die Staatsgewalt ausgeht? Bundeskanzler Gerhard Schröder? Ministerpräsident Edmund Stoiber für Bayern? Oder Oberbürgermeister Franz Stumpf für unsere Stadt Forchheim? Nein, sie sind nicht der „Souverän“. Jeder dieser drei würde ganz sicher heftig widersprechen, wenn er so bezeichnet würden. Wer also ist der Souverän in unserem Land? Schauen wir dazu doch einmal in dem Schriftstück nach, das die Grundlage unseres Staates ist, unserer

Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Da heißt es in Artikel 20, Absatz 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus ...“ Während sie früher von einem Fürsten ausging, geht sie bei uns heute vom ganzen Volk aus. Wir sind eben eine „Demokratie“ – das kommt aus dem Griechischen und meint „Volsherrschaft“ – und keine „Monarchie“ mehr – das kommt auch aus dem Griechischen und meint Herrschaft eines einzelnen. In Deutschland gibt es laut unserer Verfassung keine Herrschaft über das Volk mehr, sondern die Herrschaft des Volkes. Der „Souverän“, von dem die Staatsgewalt ausgeht, sind also wir. Wir hier sind die Staatsoberhäupter und nicht mehr die Untertanen. Und ein Bundespräsident repräsentiert uns nur und übt die Aufgabe des Staatsoberhauptes lediglich in Vertretung von uns allen aus. Und jede Regierung, ob in Bund, Land oder Stadt, steht in Verantwortung vor dem Volk. Sie wurde vom Volk durch eine Wahl beauftragt, die Regierung in unserem Auftrag wahrzunehmen. Bundeskanzler Schröder, Ministerpräsident Stoiber und Oberbürgermeister Stumpf sind also unsere Angestellten! Und sie können gefeuert werden! Bei jeder Wahl treffen wir die Entscheidung, ob die Regierung ihre Sache gut gemacht hat und weiterhin die Regierungsverantwortung wahrnehmen soll, oder ob wir meinen, dass ein anderer es besser kann, den wir durch die Wahl dann beauftragen. Der Souverän des Staates – das sind auch wir, die wir hier sitzen.

3. Als Christen im demokratischen Rechtsstaat

Es gibt also in unserem Land die sog. „Obrigkeit“ nicht mehr. Wir sind die Obrigkeit. Aber gleichzeitig verstehen wir uns ja wie gesagt als Bürger des Himmels. Wie passt das nun zusammen – Bürger des Himmels und Bürger, ja sogar Souverän eines irdischen Staates?

Es gibt zwei extreme, einander entgegengesetzte Positionen, die beide falsch sind. Die eine lehrt, dass ein Christ sich als Bürger des Himmels von der Welt und der irdischen Gesellschaft zu distanzieren hat. Die Welt wird vergehen und mit ihr auch alle irdischen Strukturen. Warum, so diese Position, sollten wir sie noch unterstützen? Schließlich warten wir auf das Reich Gottes. – Die andere extreme Position ist dem genau entgegengesetzt: Es gilt das Reich Gottes in dieser Welt zu bauen, und zwar hier und heute. Die Christen sollen dafür Sorge tragen, dass der Staat in christlichen Strukturen besteht und so das Reich Gottes in dieser Welt gebaut wird. Während die erste Position im Blick auf das Reich Gottes die Gegenwart verdrängt, vergisst die andere im Blick auf die Gegenwart das Reich Gottes. Wo liegt nun die Wahrheit?

Wir sind zuerst Bürger des Himmels. Das ist natürlich unsere erste und oberste Berufung. Wir warten auf einen neuen Himmel und eine neue Erde. Wir wissen um die Vorläufigkeit dieser Welt und ihrer Strukturen. Der frü-

here Bundespräsident Gustav Heinemann drückte es einmal so aus: „Die Herren der Welt kommen und gehen, unser Herr kommt.“

Gleichzeitig haben wir das Gebot Jesu für seine Jünger: „Handelt, bis ich wiederkomme“ (Lk 19,13)! Jesus hat außerdem in seinem hohenpriesterlichen Gebet den Vater ausdrücklich gebeten, seine Jünger nicht aus der Welt zu nehmen, auch wenn sie nicht mehr zu dieser Welt gehören (Joh 17,15). Das bedeutet, dass wir als Christen bewusst in unserer Gesellschaft und als Teil von ihr leben. Gerne wird ja in diesem Zusammenhang aus dem Buch Jeremia zitiert: „Suchet der Stadt Bestes“ (Jer 29,4)! Jeremia schrieb diese Worte in einem Brief an Juden, die in Babylon gefangen waren und eigentlich zurück nach Israel wollten. Jeremia ermahnte sie, diesen Staat, zu dem sie eigentlich nicht gehörten, mitzutragen, „denn wenn es ihr (der Stadt Babylon) wohl geht, so geht es euch auch wohl.“ Oft wird dieses Wort auf die Christen übertragen, die sozusagen in dieser Welt auch „im Exil“ leben, aber dennoch dazu aufgerufen sind, „der Stadt bzw. des Staates (in dem sie leben) Bestes zu suchen“. Als Menschen, die auf das ewige Ziel zugehen, sollen wir den jetzigen Staat mittragen und fördern. Gerade die Baptisten haben immer gewusst, dass Christen als Bürger des Reiches Gottes auch Bürger eines Staates sind und deshalb auch dort Verantwortung tragen. Es ist kein Zufall, dass Menschen wie Martin Luther King oder Jimmy Carter Baptisten sind. Als Christen sollen wir durch das Wahrnehmen unserer Verantwortung etwas aufleuchten lassen vom Glanz des Reiches Gottes, den wir in uns tragen.

Wenn man früher den Fürst als Souverän eines Staates danach beurteilte, wie er seine Aufgabe als Staatsoberhaupt ausübte, ob er sich als „erster Diener des Staates“ sah, wie es Friedrich der Große einmal für sich formulierte, oder ob er sich nicht recht um Staat und Menschen kümmerte, so gilt das nun für uns, die wir ja als Teil des Souveräns unseres Staates sozusagen Staatsspitze sind. Wie nehmen wir vor Gott unsere Verantwortung wahr? Das sollte dann einige Konsequenzen in unserem Leben als Staatsbürger haben.

Die erste Verantwortung als Christen in unserem Staat ist, wählen zu gehen. Für einen Christen sollte eine Wahl ein „Gottesdienst“ sein, den er unter die Aussage stellt: „Suchet der Stadt Bestes!“ Da mag die Ansicht verschieden sein, was das jeweils Beste für unser Land bei der jeweiligen Wahl ist. Jeder hat da andere Überlegungen, Verschiedenes spielt eine Rolle bei der Entscheidung. Deshalb wird es da ja auch unter Christen nie hundertprozentige Übereinstimmung geben. Wenn wir jetzt hier Zettel austeilen würden, auf die jeder schreibt, welche Partei er heute wählen wird oder gewählt hat, wird es sicher ein gewisses Spektrum von Wahlentscheidungen geben. Sicher werden manche CSU wählen oder SPD, andere vielleicht die FDP oder auch die Grünen, andere werden bei den Freien Wählern, bei der ÖDP, der PBC oder wo auch immer ihr Kreuz machen. Wichtig ist, dass unsere Entscheidung von der Liebe bestimmt ist, die das Beste für unseren Staat und unsere Gesellschaft will.

Unsere Verantwortung als Souverän des Staates nehmen wir weiterhin dann wahr, indem wir die gewählte Regierung respektieren. „Ehrt den Kaiser,“ fordert unser Text. Das bedeutet für unsere Situation, in der das Volk selbst die Po-

sition des Kaisers einnimmt, den Volkswillen, wie er sich bei einer Wahl manifestiert, zu respektieren und dann auch der Regierung, die aus dieser Wahl hervorgeht, Respekt entgegenzubringen – auch wenn sie einem selbst vielleicht nicht passt. „Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen“, bedeutet dann, den Souverän zu respektieren, d. h. uns selbst ernst zu nehmen und damit die Regierung, die wir bei Wahlen berufen haben. So haben wir auch die Gesetze der jeweiligen Regierung zu respektieren, auch wenn sie uns nicht gefallen. Christen sind in unserem Staat sicher keine Menschen mit Untertanengeist – das sollte vorbei sein. Aber sie sollen Menschen sein, die in kritischer Loyalität zu diesem Staat stehen, und deshalb gilt: „Das ist der Wille Gottes, dass ihr mit guten Taten den unwissenden und törichten Menschen das Maul stopft als die Freien und nicht, als hättet ihr die Freiheit zum Deckmantel der Bosheit, sondern als die Knechte Gottes.“ Christen versuchen eben nicht, den Staat auszunutzen, sondern sie wissen sich verantwortlich für ihn. So respektieren sie im Aufblick zu Gott die, die in unserem Auftrag in Staat und Gesellschaft Verantwortung übernehmen und regieren. Wir sind aufgerufen für sie zu beten – auch wenn sie nach unserer Überzeugung vielleicht das falsche Parteibuch haben.

Unsere Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft bedeutet weiterhin, dass wir unsere Regierung, also unsere Angestellten, beaufsichtigen. In einem christlichen Haushalt sollte deshalb nicht nur die Bibel, sondern auch die Tageszeitung eine Selbstverständlichkeit sein, denn wir müssen uns ja informieren, was „unsere“ Regierung tut. Wie sollen wir sie sonst bei Wahlen beurteilen? Dazu zählt, dass wir uns ggf. neben der Wahl auch anders zu Wort melden, wenn es angebracht ist, etwa durch Unterschriftenlisten, Proteste, Leserbriefe oder die Teilnahme an Demonstrationen.

Schließlich wird es immer wieder Christen geben, die sich als Bürger des Himmelreiches in bewusster Verantwortung im irdischen Staat politisch engagieren. Das kann sicher nicht jeder, sei es wegen seiner familiären oder beruflichen Situation, sei es, weil er ganz einfach nicht die Gaben dazu hat. Aber wo Christen in der Politik aktiv sind, sollten sie geradezu ein doppeltes Maß an Gebetshilfe bekommen, denn diese Geschwister haben es zuweilen nicht leicht, weil ihr Gewissen ja zu allererst an Christus gebunden ist, aber dann doch zuweilen die Parteiräson dagegen steht. Gläubige Christen gibt es in allen Parteien, bei der CSU wie bei der SPD, bei der FDP und auch bei den Grünen. Wir sind aufgerufen, sie im Gebet zu tragen, auch wenn der eine oder andere unserer Meinung nach eigentlich in der „falschen“ Partei aktiv ist. Manchmal heißt es, Politik sei ein schmutziges Geschäft. Vielleicht ist das so, weil so wenig Christen in der Politik aktiv sind und weil für die, die aktiv sind, so wenig gebetet wird.

4. Bürger des Himmels und Bürger des Staates

Wir leben in Deutschland in einem Staat, der uns die freie Ausübung unseres Glaubens garantiert. Das ist durchaus ein hohes Gut. Viele Christen in

dieser Welt kennen das nicht. Das lädt uns aber für den Staat, in dem wir leben, auch eine hohe Verantwortung auf, die wir wahrnehmen sollen. Bei uns sind Staat und Kirche bewusst getrennt, weshalb es durchaus auch Gesetze gibt, die uns als Christen nicht gefallen. Aber das heißt nicht, dass Kirche und Staat nichts miteinander zu tun haben. Gerade als Bürger des Himmels sollen wir uns im Namen unseres Herrn einmischen und die Verantwortung wahrnehmen, die wir als Bürger unseres Staates haben.

Amen.